



EDBeeee – Ooohjeee!?

– Die unendliche Geschichte!?

Sachstand zur Arbeitszeiterfassung mittels elektronischem Dienstbuch (EDB)

Was macht eigentlich der PHPR in dieser Angelegenheit?

Von Reinhold Schmitt, Vorsitzender des Polizeihauptpersonalrates



Reinhold Schmitt

Ich war neulich auf einer Dienststelle und habe dort verschiedene Kolleginnen und Kollegen, und zwar aus den verschiedensten Organisationsbereichen, also nicht nur der Wache, gefragt, was denn das EDB sei oder auch was sie darunter verstehen.

Die Antworten, hier exemplarisch, waren sinngemäß immer die gleichen:

- Das alte Wachbuch, nur elektronisch, wie der Name schon sagt.
- Ein neues Lügenbuch im Computer.

Ich wunderte mich, fragte aber weiter. Warum soll denn das EDB jetzt eingeführt werden und welches Ziel soll erreicht werden. Die Antworten exemplarisch:

- Das frage ich mich auch.
- Nachdem das alte Wachbuch abgeschafft worden ist, wollen die uns wieder stärker kontrollieren.

- Angeblich soll die Personalverteilung und die Arbeitsbelastung gerechter, weil besser und nachvollziehbarer zu begründen, gestaltet werden können.

Ich wunderte mich erneut, fragte nun konkreter, was denn seit dem Jahr 2000, denn bereits damals war das EDB in der Diskussion, an Informationen und Aufklärungsmaßnahmen zu diesem Thema vermittelt worden sei. Die Antworten:

- Nichts.
- Kaum neues, außer, dass DuZ- und Überstundenberechnung nicht automatisch geht.
- Ab und zu mal was, wie z. B. der wünschenswerte Komfort kann mit den Dipol-Rechnern nicht funktionieren.
- Neuerdings sind Info-Veranstaltungen geplant oder haben schon stattgefunden. Ich kann/konnte aber nicht daran teilnehmen. Ich habe dann meinen DGL gefragt, aber der wusste, genau wie mein Dienststellenleiter, auch nichts Konkretes.

Vor dem Hintergrund dieser Botschaften war nun der PHPR

durch das MfIS in seiner letzten Sitzung Ende Mai, im Rahmen des förmlichen Beteiligungsverfahrens um Zustimmung gebeten worden. Übrigens war dieser Tagesordnungspunkt schon mindestens drei Mal Gegenstand unserer Beratungen:

- Im Rahmen des Bertelsmann-Projektes „Kompetent & Bürgernah – Qualitätsverbesserung unserer Polizeiarbeit am 30. 10. 2000. Beschluss: Grundsätzliche Zustimmung, aber „bitte Erfassungsaufwand verringern, um die Motivation der Beschäftigten unter dem Aspekt der MitarbeiterInnenzufriedenheit zu erhöhen.“

- Am 16.05.2002 auf Bitten des Ministeriums vor dem Hintergrund der beabsichtigten flächendeckenden Einführung des EDB als Baustein der „Sukzessiven Implementierung des Qualitätsmanagement- und Steuerungsystems“, was bei einem Workshop der Führungskräfte des höheren Dienstes am 20./21. November 2002 beschlossen worden war. Beschluss: Vor der Ein-

führung ist es dringend und zwingend erforderlich, die Informationsbasis zu verbreitern und die nicht vorhandene Akzeptanz der Beschäftigten zu erreichen. Das gilt für den Bereich der ehemaligen PD Ost – erste Erfahrungen bei „Bertelsmann“ vorhanden – besonders für den Auswertungsteil.

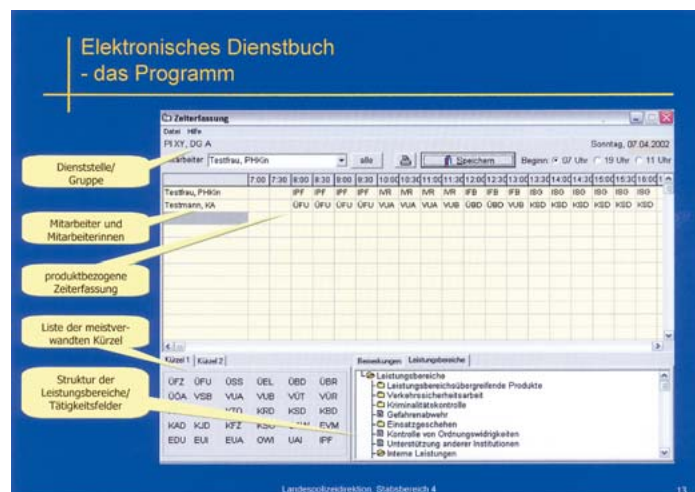
Dabei sind Komfort und Leistungsumfang der Hard- und Software zu optimieren, denn selbst die Workshopteilnehmer haben in ihrem Positionspapier angemerkt: „Der Leistungsumfang des EDB ist nicht ausreichend.“ „Es wird angestrebt, dass alle Dienststellen im ersten Quartal 2002 mit „Office 2000“ ausgestattet werden.

- Wie o. a. am 27. 5. 2003 zur Mitbestimmung gemäß § 84 SpersVG. Beschluss als Leitsatz: „Der Polizeihauptpersonalrat sieht sich derzeit außerstande, der vorgesehenen Maßnahme zur flächendeckenden Einführung des Elektronischen Dienstbuches in der Landespolizeidirektion zu zustimmen.“

Insbesondere der beabsichtigte Realisierungszeitpunkt zum 1. 7. diesen Jahres erscheint vor dem Hintergrund der Stimmungslage der betroffenen Beschäftigten weder sinnvoll noch sachgerecht.“

Warum konnte nun unser Beschluss nicht anders ausfallen?

Die Argumentation des PHPR hinsichtlich technischer Voraussetzungen, Komfort, Aufwand, Informationsbedarf und letztlich fehlender Akzeptanz wird zwar, weil auch für die LPD spürbar und nachvollziehbar, anerkannt. Entsprechende Maßnahmen sind allerdings noch nicht ergriffen bzw. werden jetzt erst eingeleitet. Hinsichtlich des Komforts – DuZ-, Überstunden-, Urlaubsberechnungsmöglichkeit – hat



So sehen Einträge im EDB aus.

Quelle: LPD

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

sich trotz der langen Zeitschiene nichts verbessert. Lediglich die Zahl der einzugebenden Kürzel für die Tätigkeiten konnte erheblich reduziert werden. Die Ängste und Vorbehalte seitens der Beschäftigten bestehen unverändert (siehe auch Einleitung oben).

Selbstverständlich sind wir nicht die Blockierer oder auch Verhinderer, die oftmals dahin gestellt werden. Wir haben nämlich konkrete Vorschläge unterbreitet:

In Schleswig-Holstein wurde nach unserer Erkenntnis das so genannte Bertelsmann-Projekt fort entwickelt. Dabei soll auch das EDB verbessert worden sein, und zwar so, dass nicht nur die Ängste und Vorbehalte der Anwender ausgeräumt werden konnten, sondern auch im Sinne

einer Komfortsteigerung (DuZ – Berechnung etc.). Diese dort gemachten Erfahrungen müssten doch auch bei uns im Saarland nutzbar sein können, oder?

Die Einführung des EDB sollte zunächst probeweise für ein bis zwei Jahre erfolgen. Eine entsprechende Dienstvereinbarung kann mit dem PPHR abgeschlossen werden. Es gilt das Motto: „Learning by doing is better than learning by show!“ Frei übersetzt bedeutet das nichts anderes als: „Machen überzeugt und ist besser als zeigen, wie’s gehen sollte (mit Power-Point-Präsentation)!“

Wir hoffen natürlich, dass auch jetzt unsere Argumente anerkannt werden und unseren Vorschlägen gefolgt wird. Wir erinnern deshalb nochmals an alle vier Zieldimensionen des Qualitätsmanagement- und Steuerungssystems. Nicht nur Wirtschaftlichkeit, Gesetzlicher Auftrag und Kundenzufriedenheit, sondern auch, und aus unserer Sicht besonders, die Mitarbeiter-Innenzufriedenheit sind zu berücksichtigen und zu beachten.

In diesem Sinne, also im Interesse der Beschäftigten, bleiben wir weiter am Ball, die Personalräte als „Speerspitze“ der GdP!



Ralf Porzel

In der Frage der technischen Ausgestaltung (Software) bedauert der ÖPR die mit negativem Ergebnis abgeschlossenen Prüfaufträge in Bezug auf eine Alternativsoftware zur jetzigen Version des EDB. Die zusätzliche administrative Belastung der Beschäftigten durch das EDB hätte durch einen gleichzeitigen Entlastungseffekt softwaretechnisch kompensiert werden können (Stichwort: DuZ, Urlaubs-/Mehrdienststundenverwaltung). Insofern sind wir der Auffassung, dass man mit einer mangelbehafteten, im Leistungsumfang stark eingeschränkten Software in ein Zukunftsprojekt starten will, die für die Fortentwicklung der Polizei von übergeordneter Bedeutung ist.

In der Frage der Mitarbeiterzufriedenheit stellte der Örtliche Personalrat für den Polizeibezirk Saarbrücken Stadt fest, dass sich an den Informationsdefiziten und den möglicherweise auch daraus resultierenden Akzeptanzproblemen und Ängsten der Beschäftigten seit dem vergangenen Jahr nichts geändert hat. Projektziel, Sinnhaftigkeit und Zweckmäßigkeit werden teilweise immer noch nicht erkannt und gerade deshalb auch kritisch hinterfragt. Auch sind methodische und technische Umsetzung vielfach im Unklaren, so dass „Controlling“ all zu schnell mit „Kontrolle“ gleichgesetzt wird. Eine Einführung zum jetzigen Zeitpunkt würde daher aus unserer Sicht den Betriebsfrieden erheblich stören. Daraus resultierend wäre die, zwingend notwendige, korrekte Erfassung der produktbezogenen Zeiten nicht gewährleistet.

Positiv bewertet wird, dass man durch ein entsprechendes Begleitmaßnahmenkonzept diese Defizite beseitigen will. Insofern hält der Örtliche Personalrat Saarbrücken Stadt den Wiedereinstieg in das förmliche Mitbestimmungsverfahren zum jetzigen Zeitpunkt für völlig verfrüht. Die sich daraus ergebende vorzeitige Fristsetzung zum 1. Juli 2003 ist insoweit auch fehl und ist aus unserer Sicht eher kontra-produktiv.

Wie soll es weitergehen?

Eng verbunden mit der Frage der Organisationsfortentwicklung und damit auch der Einführung neuer Steuerungsinstrumente und eines Qualitätsmanagements, ist die Frage der Organisationskultur. Die Umsetzung zukunftsorientierter Projekte kann nur in einer „Vertrauenskultur“ gelingen, d. h. wenn die Gesamtorganisation sich als Gemeinschaft versteht und die Beschäftigten in solch wesentlichen Fragen ein gemeinsames Ziel erkennen.

Unsere Wahrnehmung, insbesondere bei den Personalversammlungen, war eine andere. Es scheint, durch die Erfahrungen der Vergangenheit geprägt, immer noch eine „Misstrauenskultur“ zu bestehen, die mit ursächlich für die bestehenden Ängste zu sein scheint. Vor diesem Hintergrund sollte man Vertrauen schaffen, die Umsetzung und die Wirkung des Begleitmaßnahmenkonzeptes abwarten um dann, auf diesen Erfahrungswerten basierend, über die weiteren Schritte der Einführung hin zu einem Echtbetrieb zu entscheiden.

Für die Beschäftigten wichtige Themen (z. B.: Arbeitszeit) werden zurecht in Dienstvereinbarungen geregelt. Im Sinne einer Vertrauenskultur wäre die Erarbeitung einer gemeinsamen Dienstvereinbarung/Zielvereinbarung zwischen Dienststelle und Beschäftigten zur Einführung neuer Steuerungselemente und eines Qualitätsmanagements in der Saarländischen Polizei und damit einhergehend des Elektronischen Dienstbuches als Medium produktbezogener Zeiterfassung ein möglicher Weg.

Ralf Porzel

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die August-Ausgabe unseres Landesteils ist der 4. Juli 2003.



Ausgabe:
Landesbezirk Saarland
Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 81 14 98
Telefax (06 81) 81 52 31
Homepage: www.gdp-saar.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Redaktion:
Johann Karl Wannemacher (Vi.S.d.P.)
Polizeihauptpersonalrat beim MfIS
Scheidter Straße 110
66123 Saarbrücken
Telefon: (06 81) 9 62-15 13
E-Mail: gdpsaardp@aol.com

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28
vom 01. 01. 2002

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6489

Das Thema „Elektronisches Dienstbuch“ (EDB) aus Sicht des Örtlichen Personalrates des Polizeibezirkes Saarbrücken Stadt

Der Örtliche Personalrat, Polizeibezirk Saarbrücken Stadt, hat sich in den letzten Wochen und Monaten mit dem EDB intensiv, wie mit keiner anderen Thematik, auseinandergesetzt. Neuerlich bei seinen Personalversammlungen, Ende Mai, im Polizeibezirk.

Aus den vielen Gesprächen mit den Beschäftigten im Polizeibezirk, den Gesprächen innerhalb des „Gremiums“ Örtlicher Personalrat sowie der Stimmungslage bei den zurückliegenden Personalversammlungen kam der Örtliche Personalrat zu folgendem Ergebnis:

Sachinformationen zum EDB

Der Stabsbereich 4 der LPD hat uns Informationen zur Verfügung gestellt, die wir nachfolgend abdrucken, um sachlich die Möglichkeiten aber auch Grenzen des EDB darstellen zu können.

Beispiele:

- Das EDB weist Tatortaufnahme und Unfallaufnahme separat aus. Somit ist es erstmals möglich, Anfahrzeiten in die Betrachtung mit einzubeziehen.
- Durch die Auswertung des EDB ist ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Zeitbudget möglich.
- Tun wir das Richtige in ausreichendem Maße?
- Ist es möglich, das gleiche

Ergebnis mit geringerem Zeitaufwand zu erreichen?

- Welcher Preis in zeitlicher Hinsicht muss gezahlt werden, um ein besseres Ergebnis zu erzielen? (Was bewirken z. B. mehr Zeiten für Fortbildung oder Präsenz?)
- Wie hoch ist die Einsatzbelastung der Dienststelle für eigene aber auch für externe Einsätze? Wie viel Zeit muss in die Einsatzvor- und -nachbereitung investiert werden?
- Welche Zeit müssen wir für Ersuchen anderer Institutionen aufwenden? Ist hier eine Entlastung der Dienststelle möglich oder notwendig?
- Welche Zeit investieren wir für den ELT?
- Wie hoch ist die Belastung der Dienststelle durch Rufbereitschaft?

Elektronisches Dienstbuch (EDB) - Möglichkeiten/ Grenzen des EDB

Was kann das EDB nicht?

- **Personenbezogene Darstellung der verbuchten Zeiten**
 - Eine Auswertung kann nur für eine festgelegte Gruppe erfolgen.
 - Die Daten werden anonym erfasst.
- **Minutengenaue Aufschreibung der Arbeitszeit**
 - Die Tätigkeiten werden halbstündlich verbucht.
- **Erfassung von Mehrdienststunden und DUZ**
- **Detaillierte Erfassung jedes polizeilichen Handelns mit einer eigenen Abkürzung**
 - Es existieren 9 übersichtliche Gruppen mit insgesamt nur 40 Abkürzungen.

Landespolizeidirektion, Stabsbereich 4

Quelle: LPD

Elektronisches Dienstbuch (EDB) - Möglichkeiten/ Grenzen des EDB

Was kann das EDB?

- **Komfortable elektronische Erfassung der Einsatzzeiten z.B. für**
 - Hilfeersuchen
 - Verkehrsunfallaufnahme
 - Tatortaufnahme
 - Einsatzleitlich
 - dienststelleneigene bzw. -übergreifende Einsätze
 - Fortbildung
 - Unterstützung anderer Institutionen (z.B. Vollstreckung von Haftbefehlen)
 - Prävention
- **Es wertet aus**
 - die Gesamtstunden einer von der Dienststelle selbst festgelegten Gruppe wie Führungsgruppe, KD oder DG
 - die Gesamtstunden eines Tages/ Monats/ Jahres

Landespolizeidirektion, Stabsbereich 4

Quelle: LPD

Elektronisches Dienstbuch (EDB) - Möglichkeiten/ Grenzen des EDB

Was kann das EDB?

- **Es stellt dar**
 - die Verteilung der Gesamtstunden innerhalb der Aufgabenfelder
- **Es bietet die Möglichkeit,**
 - Aussagen über die Vielfältigkeit polizeilichen Handelns zu machen (keine Reduzierung nur auf PKS und VUS)
 - Schwerpunkte zu erkennen und Arbeitszeit gerechter zu verteilen
 - Gestaltungs- und Entscheidungsspielräume eigenverantwortlich zu nutzen
 - über den Tellerrand zu schauen (Wie sieht es bei anderen Dienststellen aus?)

Landespolizeidirektion, Stabsbereich 4

Quelle: LPD

Anzeige

GdP Reiseservice informiert

TENERIFFA
Hotel Iberostar Bouganville Playa 3* 3* 3* 3* 1861 DAQH
Doppelzimmer / Halbpension Costa Adeje

Lage: Etwas erhöht, zur nächsten Badebucht nur ca. 250 m. In der Nähe befinden sich zahlreiche Einkaufs- und Unterhaltungsmöglichkeiten

Ausstattung: 496 Zimmer, Restaurant, Bar, Boutique, 2 Pools, Kinderbecken, Pool-/Snackbar, Spielplatz. Landeskategorie: 4 Sterne

Sport/Unterhaltung: Abwechslungsreiche Animation, Miniclub, Tischtennis, Boccia, Gg. Geb.: 1 Tennis-Hartplatz (Unterricht möglich), Squash, Billard, Fitnesscenter, Sauna, Massage

1 Woche 399

TÜRKISCHE RIVIERA
Hotel Kaya 3* 3* 3* 3* 0051 DALX
Doppelzimmer / All Inclusive Side

Lage: Direkt am Sand-/Kiesstrand, nach Side ca. 7 km. Hinter dem Haus liegt ein großer See

Ausstattung: Restaurants, Bars, Shops, Disco, Pool mit sep. Kinderbecken, Wasserrutschen, Poolbar, Terrasse, Spielplatz. Landeskategorie: 5 Sterne

Sport/Unterhaltung: Animation, Miniclub. Nach Verfügbarkeit: Tennis (Flut. gg. Geb.), Sauna, türk. Bad, Basketball, Boccia, Kanus, Fitnessraum, Tischtennis, Beachvolleyball. Gg. Geb.: Billard, Katamaransegeln und Surfen (mit Schein), Minigolf, div. Wassersport

1 Woche 499

Unsere Hotline: 0681-84 12 40 Fax: 0681-84 12 424

Länder können Urlaubs- und Weihnachtsgeld für Beamte künftig selbst regeln

Die Bundesregierung hat am 21. Mai 2003 den Gesetzentwurf des Bundesrats zur Öffnung der bisher bundes einheitlichen Zahlung von Weihnachts- und Urlaubsgeld für Beamte als weiteren Schritt zur Verwirklichung der Agenda 2010 befürwortet.

Am selben Tag, an dem der Finanzminister vor den Haushaltsexperten der Fraktionen die Einschnitte für 2004 angekündigt hatte, war vom Bundeskabinett ein Gesetzentwurf des Bundesrats zur Beamtenbesoldung gebilligt worden. Dieser sieht vor, dass die Länder eigenständig Kürzungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld durchführen können. Davon, so Eichel vor den Ausschussmitgliedern, wolle auch der Bund „Gebrauch machen“. Nun könnte es auch den Bundesbeamten an das Weihnachts- und Urlaubsgeld gehen. Bundesfinanzminister Hans Eichel kündigte für das kommende Jahr „erhebliche Einschnitte“ bei den Sonderzahlungen an. Einige Bundesländer haben für die Staatsdiener bereits fertige Pläne in den Schubladen und warten nur noch auf die Zustimmung des Bundestags.

Gesetzentwurf als Bestandteil der Agenda 2010

Der Gesetzesantrag greift den ursprünglichen Vorschlag der Bundesregierung auf, das Bezahlungssystem mit Bezahlungsbreite flexibel zu gestalten. Diese Möglichkeit wird für den Bund schon durch das Grundgesetz (Artikel 78 Nummer 3) eingeräumt und soll nun auch für die Länder gelten, die über 80% aller Beamtinnen und Beamten beschäftigen.

Der Gesetzesentwurf gilt als wesentlicher Schritt zur Umsetzung der Agenda 2010 und unterstützt das Anliegen der Bundesregierung, die Verantwortung zwischen Bund und Ländern neu aufzuteilen.

Saar-Kabinett beschließt Nachtragshaushalt 2003

Die saarländische Landesregierung hat sich im Rahmen ihrer zweitägigen Klausurtagung in Mettlach auf einen Nachtragshaushalt für 2003 und auf die Einleitung weiterer struktureller Konsolidierungsmaßnahmen verständigt. Der Nachtragshaushalt soll am 17. Juni im Kabinett beschlossen und am 25. Juni in den saarländischen Landtag eingebracht werden. Unmittelbar nach der Sommerpause erfolgt

Die Strukturreformen in der Landesverwaltung werden mit dem Ziel der Entbürokratisierung und Verschlinkung der Verwaltung konsequent fortgeführt.

3. Neuordnung der überörtlichen Sozialhilfe

4. Kostenreduzierung im Öffentlichen Dienst

Im Zusammenhang mit der notwendigen Kostenreduzierung beim Öffentlichen Dienst bleibt es bei der Wiederbesetzungssperre für die Dauer der gesamten Legislaturperiode. Bei Arbeitszeit, Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld strebt das Saarland die Gleichbehandlung von Beamten und Tarifangestellten an. Dazu ist die Kündigung der Tarifverträge die notwendige Voraussetzung. Die Öffnungsklausel für den Beamtenbereich müsste ergänzt werden um entspre-

Polizei-Gewerkschaft kämpft gegen Einbußen

Saarbrücken (red). Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) im DGB Saar will den Kampf gegen die so genannte „Öffnungsklausel“ nicht aufgeben, die es einzelnen Bundesländern ermöglichen würde, unterschiedliche Regelungen unter anderem beim Weihnachts- und Urlaubsgeld zu treffen. In zahlreichen Städten und Gemeinden hat die GdP die Bürgerinnen und Bürger dieser Tage persönlich angesprochen und für die Beibehaltung eines bundeseinheitlichen Besoldungsgefüges geworben. Das Vertrauen in Saar-Ministerpräsident Peter Müller nannte GdP-Chef Hugo Müller „zutiefst erschüttert“.

Auszug Saarbrücker Zeitung

sorgungsempfänger in Betracht. In dem Maße, in dem es gelingt, hierbei zu Kosteneinsparungen zu kommen, kann auf weitere Maßnahmen wie die Absenkung der Eingangsbesoldung oder die Einschränkung des Beförderungsbudgets unter Umständen verzichtet werden.

5. Anhebung der Regelarbeitszeit für Lehrer

Blick in die Bundesländer

Der Regierende Bürgermeister des hoch verschuldeten Landes Berlin, Klaus Wowereit, hatte im November vergangenen Jahres mit seinen Überlegungen nach einer Öffnungsklausel den Anstoß für eine Reform des Beamtenbesoldungsrechts gemacht. Am Ende konnte Wowereit eine erstaunliche Allianz in Sachen Sonderzahlungen für Beamte schmieden: **Berlin, Bayern, Saarland** und **Sachsen** brachten erfolgreich im Bundesrat einen gemeinsamen Antrag durch, der die Ausgestaltung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes in die Obhut der Länder legt. Selbst der komplette Wegfall jener Zuzahlungen ist den Ländern nun erlaubt – vorausgesetzt, der vom Bundeskabinett am Mittwoch gebilligte Gesetzentwurf wird vom Bundestag verabschiedet. Die Koalition der Willigen in den Ländern, zu der nun auch Eichel und Schily

Müller: Kosten runter im öffentlichen Dienst

Saar-Ministerpräsident: Jüngster Tarifabschluss muss dringend auf den Prüfstand

Vor der Klausurtagung des Saar-Kabinetts zur Haushalts-Nollage an diesem Wochenende hat Ministerpräsident Müller die Richtung vorgegeben: Vor allem im Personalbereich muss gespart werden.

— Von FRIEDHELM FIEDLER und UDO RAU —

Saarbrücken. Der saarländische Ministerpräsident Peter Müller (CDU) hat sich für weitere Einsparungen in den öffentlichen Haushalten ausgesprochen. Angesichts des „dramatischen Verfalls der öffentlichen Finanzen“ müsse neu nachgedacht werden, sagte Müller gestern in einem Gespräch mit der „Saarbrücker Zeitung“. Wenn wir die Neuverschuldung nicht auf ein unerträgliches Maß ansteigen lassen wollen, brauchen wir weitere Sparmaßnahmen.“ Vor allem müsse man

„noch einmal über Personalkosten und Subventionen“ reden, so Müller. So könnte man sich bundeseinheitlich im nächsten Jahr darauf verständigen, die Personalkosten der öffentlichen Hand „nominal nicht ansteigen zu lassen“. Deshalb müsse über den jüngsten Tarifabschluss „geredet werden, der aus meiner Sicht zu hoch war. Ein Inflationsausgleich wäre angemessen gewesen“. Zudem müsse über die Privatisierung öffentlicher Aufgaben und über eine Verringerung des Personalbestandes nachgedacht werden.

Angesichts erwarteter Einschnitte bei der Krankenkassenversicherung der in Privatfirmen Beschäftigten komme man auch an einer Änderung im Öffentlichen Dienst nicht vorbei. Allerdings schloss Müller „Sonderopfer für Beamte“ aus: „Das halte ich für falsch.“ Bei Kürzungs-Diskussionen brauche man eine soziale Staffelung: „Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache.“ Müller

sprach sich etwa für den Vorschlag des Deutschen Beamten-Bundes aus, das Weihnachtsgeld zu zwölfteln, also monatlich dem Gehalt zuzuschlagen und den sich daraus ergebenden Zinsvorteil zu berücksichtigen. 2003 werde an Weihnachts- und Urlaubsgeld nicht gerüttelt.

Das Saar-Kabinett wird sich an diesem Wochenende in Mettlach mit der prekären Lage der Landesfinanzen befassen. Im Saarland werde man an einer „deutlichen Erhöhung der Neuverschuldung nicht vorbeikommen“, so Müller. Trotzdem müssten Ausgaben zur Steigerung der Wirtschaftskraft beibehalten werden. „Kopputtsparen macht keinen Sinn.“ Das Saarland habe mit 6138 Euro die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Flächenländer, so Karin Lawall, finanzpolitische Sprecherin der Saar-SPD-Fraktion. Bis 2006 drohe eine Netto-Neuverschuldung von zwei Milliarden Euro für das Saarland. (Seite A 2: Kommentar)

Bericht in der Saarbrücker Zeitung vom 30. Mai 2003

die Beschlussfassung über den Haushalt 2004.

Das Kabinett hat in Mettlach folgendes beschlossen:

1. Nullrunde für Minister und Staatssekretäre

Die Landesregierung fängt bei den weiteren Sparmaßnahmen bei sich selbst an. Das bedeutet eine Nullrunde für Minister und Staatssekretäre.

2. Weitere Strukturreformen in der Landesverwaltung

chende Möglichkeiten auch für den Angestelltenbereich. **In der Umsetzung dieser Möglichkeiten will sich das Saarland im Geleitzug der übrigen Bundesländer bewegen** (siehe hierzu nachfolgenden Blick in Bund und Bundesländer). Sonderopfer sind dabei ebenso zu vermeiden wie Sonderprivilegien. Unter diesem Gesichtspunkt zieht das Saarland auch die Änderung der Beihilfeverordnung für Beamte und Ver-

ÖFFNUNGSKLAUSEL

stoßen werden, hat schon Pläne in den Schubladen. So will das von einer SPD-PDS-Koalition regierte **Mecklenburg-Vorpommern** das Weihnachtsgeld Ost in diesem Jahr um ein Drittel auf rund 40 Prozent eines Monatsgehalts kürzen und das Urlaubsgeld für 2004 komplett streichen. Die Koalition in Schwerin wird auch die Importbeamten aus dem Westen im eigenen Land davon nicht ausnehmen. Ähnliche Pläne liegen auch in anderen ostdeutschen Ländern vor. Im Westen preschte bereits das schwarz-gelb regierte Baden-Württemberg vor. Das Urlaubsgeld soll gestrichen werden.

Beamten-Buhmann Woweriet und sein rot-roter Senat, die im

Beamte: Weniger Weihnachtsgeld

Kiel (dpa). Die norddeutschen Bundesländer sind sich weitgehend über Kürzungen bei den Beamtenbezügen einig. Schleswig-Holsteins Finanzminister Ralf Stegner (SPD) bestätigte am Dienstag Berichte der Berliner Zeitung, wonach sich Schleswig-Holstein und Hamburg auf ein Absenken des Weihnachts- und Urlaubsgeldes für Beamte geeinigt haben. Der Plan sieht vor, noch dieses Jahr das Weihnachtsgeld für Beamte auf 60 bis 66 Prozent zu senken. 2004 soll dann das Urlaubsgeld gekürzt werden.

Auszug SZ vom 4. Juni 2003

gierung legt sich erneut mit den Beamten an: Die Pläne, möglichst im Verein mit den anderen norddeutschen Ländern das Weihnachtsgeld schon 2003 zu kürzen und ab 2004 das Urlaubsgeld zu

chen. Betroffen wären in Schleswig-Holstein rund 50 000 Beamte – ob Lehrer oder Polizisten, ob Beschäftigte des Landes selbst oder der Kommunen. Finanzminister Ralf Stegner geht davon aus, dass Mecklenburg-Vorpommern und Bremen ebenfalls auf die Linie Schleswig-Holsteins und Hamburgs einschwenken. Er glaubt auch, dass sich in Niedersachsen ‚auf Grund der Haushaltslage die Erkenntnis durchsetzt‘, dass diese Kürzungen erforderlich seien. Die Landesregierung hatte mehrfach betont, dass ihr an einem gemeinsamen Vorgehen Norddeutschlands gelegen ist, um miteinander konkurrierende Besoldungsstrukturen zu vermeiden. Das Finanzministerium hofft nun, dass der Bundestag noch im Sommer die vom Bundesrat beschlossene Öffnungsklausel billigt.“

Kündigung der Tarifgemeinschaft der deutschen Länder (TDL)

In einem Interview der Süddeutschen Zeitung am 19. Mai 2003 hat der Vorsitzende der TDL – der bayrische Finanzminister Prof. Kurt Falthäuser – die Kündigung der Zuwendungs- und Urlaubsgeldtarifverträge sowie die Aufkündigung der Zusammenarbeit mit Bund und Kommunen in Lohnrunden angekündigt.

Auszüge aus dem Artikel: „Die Länder haben die Tarif-Fessel jetzt gelöst. Baden-Württemberg hat den Austritt aus der TDL bereits beschlossen. Nun geht Kurt Falthäuser (CSU) in die Offensive: Im Öffentlichen Dienst werden Bund, Länder und Kommunen künftig getrennt mit den Gewerkschaften verhandeln. Die TDL hat tiefe Risse – der Entgeltabschluss für den öffentlichen Dienst in diesem Frühjahr wurde als zu teuer attackiert,“ so die Süddeutsche Zeitung. Prof. Falthäuser: „Die Länder haben diese Fessel jetzt gelöst. Auf meinen Antrag hin hat die TDL Ende der vergangenen Woche entschieden, dass wir die Verhandlungsführerschaft des Bundes in den Lohnrunden für beendet er-

klären. Die bisherige starre Verhandlungsgemeinschaft mit Bund und kommunalen Arbeitgebern wird durch situative Zweckbündnisse ersetzt. Der Bund hat am wenigsten unter hohen Abschlüssen zu leiden, weil er über Steuerrückflüsse bei Tarifabschlüssen sogar gewinnen kann. Die Länder und Kommunen müssen ihre eigenen Interessen verfolgen. Wir prüfen die Kündigung dieser Tarifverträge noch rechtlich und machen noch im Juni Ernst mit der Kündigung. Allerdings gilt bis zu einer neuen Abmachung leider vorerst noch die alte Regelung. Uns geht es dabei um eine Gleichbehandlung von Angestellten und Arbeitern mit den Beamten. Bei denen haben die Länder Öffnungsklauseln beschlossen, die Veränderungen bei den Jahres-Sonderzahlungen erlauben. Und die meisten Länder werden das auch nutzen. Solche Öffnungsklauseln brauchen wir auch bei den Arbeitnehmern. Die Beamten sollen nicht allein die Last des Sparens tragen müssen.“

Anm. der Redaktion:

Nun wissen wir, was es bedeutet, wenn gesagt wird: „Keine Sonderopfer für Beamte!“

Alle sollen gleichermaßen geschröpft werden!!!

Die GdP kämpft weiter

Während der Beamtenbund die Aussage der saarländischen Landesregierung als Teilerfolg wertete (siehe Auszug Saarbrücker Zeitung), dass angeblich in 2003 Urlaubs- und Weihnachtsgeld noch nicht gekürzt

Beamte sehen Teilerfolg

Saarbrücken (red). Als Teilerfolg wertet der Beamtenbund und Tarifunion Saar (dbb), dass die Landesregierung beim Weihnachts- und Urlaubsgeld für 2003 keine Änderungen plant, auch wenn eine entsprechende Öffnungsklausel Gesetz werden sollte. Das teilte dbb-Landesvorsitzender Artur Polz nach einem Gespräch des dbb-Landesvorstandes mit Ministerpräsident Peter Müller mit.

Auszug Saarbrücker Zeitung

Fortsetzung auf Seite 6



Flagge gezeigt Die Gewerkschaft der Polizei informierte gestern auf dem Wochenmarkt in St. Ingbert die Bevölkerung über geplante Kürzungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld. Mit dabei waren auch die beiden St. Ingberter Kontaktpolizisten Peter Kopp (links) und Ralf Herrmann (rechts). So mancher Marktbesucher solidarisierte sich durch seine Unterschrift mit den Ordnungshütern, die den Passanten auch einen Film über die Berufsgefahren zeigten. FOTO: TRAPP

Statt Dienst Frust schieben?

Polizei zeigte auf dem St. Ingberter Wochenmarkt einen Film über ihren gefährlichen Job und sammelte Unterschriften

Bericht in der SZ über unsere Aktion in St. Ingbert.

Land Berlin auf einem steigenden Schuldenberg von rund 48,3 Milliarden Euro sitzen, spielen beim Sparkurs auch diesmal wieder den Rambo: In der Bundeshauptstadt will die Landesregierung das Urlaubs- und Weihnachtsgeld komplett streichen, zudem auch noch den Angestellten und Arbeitern eine Nullrunde verordnen. Noch Anfang Mai hatte der Senat den Gewerkschaften lediglich eine Kürzung beim Weihnachts- und Urlaubsgeld vorgeschlagen – doch nicht in voller Höhe.

Die Kieler Nachrichten vermelden am 4. Juni 2003:

„Land setzt Rotstift bei Beamten an; weniger Urlaubs- und Weihnachtsgeld! Die Landesre-

beschneiden, nehmen konkrete Gestalt an. Die Gewerkschaft der Polizei kündigte für das zweite Halbjahr ‚Aktionen‘ an, ‚die politisch weh tun‘. Heiner Volkers, Sprecher des schleswig-holsteinischen Finanzministeriums, bestätigte gestern: ‚Mit Hamburg ist alles in trockenen Tüchern – vorbehaltlich der Zustimmung durch die Landeskabinette.‘ Ziel sei es, das Weihnachtsgeld von bisher 86% des Grundgehalts sozial gestaffelt auf 60 bis 66% zu senken. Beim Urlaubsgeld sollen geringer Verdienende keine Einbußen hinnehmen, sondern weiterhin 232 Euro erhalten. Gut und besser Verdienenden wird jedoch bei Realisierung der Pläne der Betrag von 256 Euro gestri-

LANDES JOURNAL

ÖFFNUNGSKLAUSEL

Fortsetzung von Seite 5

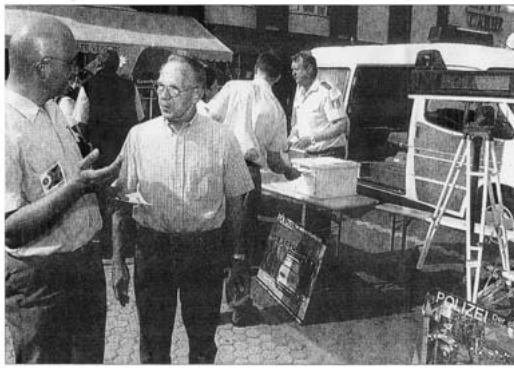
werden sollen, kämpft die GdP weiter. Wir hatten unseren Infostand im Mai in vielen saarländischen Städten aufgebaut und unsere Postkartenaktion „Öffnungsklausel? Nein Danke!“ erfolgreich fortgesetzt. Viele tausend Bürgerinnen und Bürger dieses Landes haben durch ihre

Unterschrift dokumentiert, dass sie mit der Öffnungsklausel nicht einverstanden sind. Am Beispiel von Berichterstattungen der Medien aus St. Ingbert und St. Wendel können wir die starke Resonanz unserer Aktion verdeutlichen. Während andere sich mit Einkommenskürzungen zufrieden geben, kämpft die GdP weiter dagegen.

Den Garanten der Sicherheit Garantien für ihre Sicherheit geben

Polizeigewerkschaft protestiert auf dem Wochenmarkt gegen geplante Gehaltskürzungen – Unterschriften gesammelt

St. Wendel (vwl). Ein Demonstrant geht auf eine Polizistin zu, beschimpft sie. Steine fliegen. Kollegen machen die Straße dicht, nehmen sie in Gewahrsam. Die Feiern zum 1. Mai sind in Berlin und Hamburg erneut von Krawallen in der Polizeigewalt überschattet worden. Aus einem Fest im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg heraus hatten gewalttätige verarmte Jugendliche die Polizei angegriffen. 110 Gewalttäter wurden festgenommen – fast drei Mal so viele wie im vergangenen Jahr.



Das Gespräch gesucht Die Gewerkschaft der Polizei hat am Donnerstag auf dem St. Wendeler Wochenmarkt die Bevölkerung um Unterstützung. Der Vorsitzende der Kreisgruppe St. Wendel, Thomas Ehlhardt (links), erklärte hier Paul Henner aus St. Wendel, dass sich die Gewerkschaft gegen den von der Politik geplanten Gehaltseinbußen wehrt. FOTO: ATB

Bericht in der SZ über unsere Aktion in St. Wendel

PERSONALIEN

Jörg Kohl schied aus dem Amt des persönlichen Referenten von Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer aus. Sein Nachfolger wurde der 34-jährige Jurist Michael Adam. Hugo Müller bedankte sich bei dem scheidenden Referenten für die gute Zusammenarbeit mit der GdP und beglückwünschte den Nachfolger zu seinem neuen Amt. Wir hoffen auf eine gute Zusammenarbeit.

denden Referenten für die gute Zusammenarbeit mit der GdP und beglückwünschte den Nachfolger zu seinem neuen Amt. Wir hoffen auf eine gute Zusammenarbeit.



V. l.: Jörg Kohl, Michael Adam, Hugo Müller

SICHERHEIT

Schutzwesten

Nach den Vorkommnissen mit Schusswaffengebrauch am 4. Mai in Saarlouis und am 5. Mai in Neunkirchen hatte die GdP eine Pressemitteilung zum Thema Gewaltbereitschaft herausgegeben und unter anderem eine bessere Ausstattung mit schusssicheren Westen gefordert. Sowohl in der Presse als auch innerhalb der Polizei wurde die Thematik diskutiert. Nachfolgend abgedruckt ist die Presseerklärung und ein diesbezüglicher Schriftwechsel zwischen unserem GdP-Vertrauensmann Patrik End und dem GdP-Landesvorsitzenden Hugo Müller.

Jetzt stellen WIR uns quer!

Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der Union Internationale des Syndikats des Polier

Landesbezirk Saarland

gdp-saarland@gdp-online.de * www.gdp-saar.de

Fon: (0681) 811498 * Fax: (0681) 815231

Pressemitteilung
Saarbrücken, 5. Mai 2003

Die Spirale der Gewalt dreht sich jetzt auch im Saarland weiter:

Die Gewerkschaft der Polizei ist zutiefst besorgt um die Sicherheit der Kolleginnen und Kollegen!

Saarbrücken: Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Hugo Müller, ist betroffen über die Vorkommnisse, die sich am gestrigen Sonntag auf der Autobahn bei Saarlouis zugetragen haben. Ein Saarlouiser Kollege musste in Notwehr einem mutmaßlichen Einbrecher gegenüber, der die Waffe auf ihn gerichtet und abgedrückt hatte, von der Schusswaffe Gebrauch machen. „Wir sind in Gedanken bei unseren zwei Saarlouiser Kollegen, die zum äußersten Mittel greifen mussten, um sich selber zu schützen. Jede Polizistin und jeder Polizist weiß, was es bedeutet, in eine derart furchtbare Ausnahmesituation zu geraten. Wir hoffen, dass die betroffenen Kollegen in den nächsten Tagen die Kraft finden, derart traumatische Erlebnisse emotional zu bewältigen.“

Hugo Müller fordert die saarländische Innenpolitik auf, nach diesen Vorkommnissen darüber nachzudenken, wie man die Sicherheit der Polizistinnen und Polizisten verbessern kann: „Überbordende Gewalt gibt es nicht nur in Berlin und Hamburg. Alle Verantwortlichen müssen sich jetzt überlegen, wie wir angesichts der wachsenden Gewaltbereitschaft auch im Saarland unsere Kolleginnen und Kollegen besser schützen können. So stellt sich etwa die Frage, ob die baldige Ausstattung aller Polizistinnen und Polizisten mit Schutzwesten nicht spätestens jetzt angezeigt wäre.“ Die GdP meint allerdings, dass die Tatsache der eskalierenden gewalttätigen Übergriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte nicht allein sicherheitstechnisch zu lösen ist. Auch das gesellschaftliche Klima der wachsenden Gewaltbereitschaft gehört auf die Agenda der saarländischen Innenpolitik, um den staatlichen Grundkonsens über den gesellschaftlichen Anspruch auf Sicherheit und Schutz vor Gewalt zu erneuern. Der GdP-Landesvorsitzende denkt in diesem Zusammenhang etwa an ein Bündnis gegen Gewalt.

Zu erwähnen ist, dass die GdP in diesen Tagen (der Fahrplan ist beigefügt) in vielen saarländischen Städten mit Infoständen auf die prekäre Situation des Polizeidienstes aufmerksam macht. Ein Film unter dem Titel „Polizei – ein sicherer Arbeitsplatz?“ dokumentiert dabei auf eindrucksvolle Weise die Gefahren, denen der Polizeidienst mehr und mehr ausgesetzt ist.

Schreiben Patrik End:

Betr.: Schutzwesten, Gespräch mit Ministerin

... viele KollegInnen nicht nur auf unserer Dienststelle möchten keine Mann-Ausstattung mit Schutzwesten. Es ist dann zu erwarten, dass dann die Schutzwesten immer getragen werden

SICHERHEIT

müssen, ohne Rücksicht auf Einsatzgrund und Außentemperatur.

Weiterhin gibt es dadurch ein weiteres Problem. Ist eine Mann-Ausstattung erfolgt, könnte dem Kollegen im Falle einer Verletzung vorgeworfen werden, dass er seine Schutzweste nicht getragen hat; Stichwort: grobe Fahrlässigkeit. Damit wäre der Kollege nicht versichert und hätte auch keinen Dienstunfallschutz, so meine Kenntnis. Vielleicht könnten Hugo und du Stellung zu diesen Problemen beziehen und die Mitglieder entsprechend informieren.

In Gesprächen mit Kollegen anderer Dienststellen habe ich gehört, dass viele Kollegen, mögli-



Patrik End

cherweise sogar die Mehrheit im Lande diesen Vorstoß Hugos nicht gut finden.

Gruß Patrik End

Antwortschreiben des GdP-Landesvorsitzenden Hugo Müller

Hallo Patrik, in den Jahren 1999 und 2000 haben wir – vor dem Hintergrund einer massiven Häufung gefährlicher und tödlicher Angriffe auf PolizistInnen – in der GdP bundesweit über das Problem der Mann- und Frau-Ausstattung mit ballistischen Schutzwesten diskutiert. Zielrichtung dabei war, auch mit teilweise massiver Öffentlichkeitsarbeit die politisch verantwortlichen InnenministerInnen zur Einsicht zu bringen, dass es hinsichtlich der persönlichen Sicherheit der PolizistInnen zu einem Umdenken in Sachen Schutzwesten kommen muss. Letztlich haben im Mai 2000 die Innenminister und Innensenatoren!!! der Länder neue Forderungen formuliert. An die Stelle der Überlegung – wie noch 1994

Saar-Polizei will mehr Schutzwesten

Saarbrücken (jöv). Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Saarland erwartet von der Landesregierung eine bessere Ausstattung mit schussicheren Westen. Dies erklärte der GdP-Vorsitzende Hugo Müller im „SZ“-Gespräch. Das Kontingent an geeigneten Westen sei zu gering, kritisierte er. Saar-Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) hatte öffentlich gefragt, warum Beamte bei den Vorfällen in Saarlouis und Neunkirchen, als sie offenbar in Notwehr selbst geschossen, keine Weste getragen haben.

SZ vom 8. Mai 2003

definiert –, dass eine ballistische Schutzweste anlassbezogen und zeitlich begrenzt getragen wird, trat die bundesweite ministerielle Leitidee, dass „Schutzwesten mit integriertem Stichschutz ohne wesentliche Beeinträchtigung der Bewegungsfreiheit und des Wohlbefindens über die Dauer einer gesamten Dienstschrift getragen werden können“. Diese neue Leitidee führte in etlichen Bundesländern – trotz der hiermit verbundenen erheblichen finanziellen Konsequenzen – zur Entscheidung, ballistische Unterziehschutzwesten als Mann- bzw. Frau-Ausstattung einzuführen. Diesen Weg gingen zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, Bayern oder Brandenburg. Der vorgenannten Forderung entsprechend wurde dort eine „Konfektionierung“ vorgenommen, also eine Vermessung der individuellen körperspezifischen Eigen- und Besonderheiten. Die dann an den individuellen Verhältnissen ausgerichtet eigens hergestellte Schutzweste wurde schließlich an die Beschäftigten verausgabt. Im Zusammenhang mit der in Rede stehenden Diskussion habe ich mit den Landesvorsitzenden der drei o. g. Landesbezirke gesprochen und erfahren, dass eben diese Konfektionierung, verbunden mit logischerweise nicht mehr vorhandenen Hygiene-Bedenken einer „Pool-Ausstattung“, zu einer massiven Steigerung der Akzeptanz und Tragebereitschaft geführt haben (so, wie es die ministerielle Leitidee auch anstrebte)! Im Übrigen: Mit dieser Komplett-Ausstattung wurde nirgendwo eine Trageverpflichtung verbunden, sodass dienstunfallspezifische Veränderungen oder

gar Verschlechterungen nicht entstanden! Wie lief es im Saarland? Eine Diskussion zwischen MfIS und GdP sowie anderen Stellen führte schließlich zur – damals auch von uns akzeptierten!!- Kompromisslösung einer verbesserten Pool-Ausstattung mit Unterziehschutzwesten einerseits sowie einer Bezuschussungsregelung privat gekaufter Westen andererseits. Zu den seinerzeit diskutierten Argumenten zählten z. B. die saarländische Sicherheits- bzw. Gefährdungslage, haushalterische Machbarkeiten und Grenzen oder die Idee einer Trageverpflichtung sowie ihre Auswirkungen auf dienstunfallfürsorgerechtliche Fragen. Mit einer Bezuschussungs-Regelung sowie einer Poolausstattung mit Westen der Marke „Second Chance“ in einer Gesamtgrößenordnung von 230 Stück für die saarländische Polizei im Frühjahr 2002 wurde dieser 2000-er Kompromiss realisiert.

Nun haben wir als Polizisten gelernt, die „Lage fortlaufend zu beurteilen und von einem getroffenen Entschluss nicht abzuweichen, es sei denn, eine bedeutsame Lageänderung macht dies erforderlich“. Ich persönlich glaube, dass sich gerade im Hinblick auf die saarländische Sicherheits- und Gefährdungslage deutliche negative Veränderungen darstellen. Klare Indizien hierfür sind etwa die statistisch belegte Entwicklung der Gewaltkriminalität oder die zahlenmäßige Entwicklung der Angriffe gegen saarländische PolizeibeamtInnen. Im Verhältnis zu 58 im Rahmen von Widerstandshandlungen verletzten BeamtInnen im Jahre 2001 waren es im Jahre 2002 bereits 80! Dass auch andere so denken, belegt eine mit großer Medienresonanz verbundene Besprechung aller Dienststellenleiter der Landespolizeidirektion am 29. Januar 2003. Vor dem beschriebenen Hintergrund erklärte konsequenterweise der Landespolizeidirektor Haben, der „Polizeiberuf bleibe gefährlich, mit wachsendem Risiko“. In der gleichen Veranstaltung würdigte Innenministerin Kramp-Karrenbauer die gefährliche Arbeit der Polizisten, brachte den Verletzten ihre Anteilnahme entgegen und kündig-

FDP mahnt moderne Polizei-Schutzwesten an

Saarbrücken (red). Der stellvertretende Vorsitzende der Saar-FDP, Karl-Josef Jochem, hat Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer aufgefordert, durch die Anschaffung moderner, leichter Schutzwesten für einen effektiven Schutz von Polizeibeamten zu sorgen. Jochem nahm die Polizisten gleichzeitig vor Kritik der Ministerin in Schutz. Diese hatte moniert, das zu oft keine Schutzwesten getragen würden. Der FDP-Politiker dazu: Die vorhandenen Schutzwesten seien großteils veraltet, zu schwer und dadurch bewegungshemmend.

SZ vom 9. Mai 2003

te an, „der Eigensicherung der BeamtInnen noch größeres Augenmerk zu schenken“.

Dass diese Einschätzung hochaktuell ist, belegen die uns allen noch in Erinnerung befindlichen dramatischen Vorfälle im Mai 2003 in Saarlouis und in Neunkirchen. Eine spontane – sicherlich für sich alleine nicht repräsentative von mir durchgeführte telefonische Nachfrage nach den Vorfällen bei 5 DGL's unterschiedlicher Polizeieinspektionen im Hinblick auf die Nutzung von Schutzwesten aus dem vorhandenen Pool zeitigte ein einhelliges Ergebnis: Geringe Nutzungssintensität mangels Trageakzeptanz!!

Vor diesem so beschriebenen Hintergrund war es aus meiner Sicht sehr wohl die Aufgabe des verantwortlichen GdP-Landesvorsitzenden, die genannten Angriffe zum Anlass zu nehmen, eine neue Diskussion über Schutzwesten-Mann- bzw. Frau-Ausstattung auch im Saarland zu initiieren. Aus meiner Sicht bedeutet dabei der Begriff „Diskussion“, dass eben eine neue sachgerechte Gefährdungslageanalyse erfolgt, die Tragebereitschaft bezüglich der aktuell vorhandenen Westen-Pools und die Gründe hierfür recherchiert und bewertet werden, Strategien und Erfahrungen anderer Bundesländer ins Kalkül miteinbezogen werden und natürlich die Betroffenen, also die Kolleginnen und Kollegen vor Ort, zu Wort kommen müssen. Dass hierbei in angemessener Relation Haushaltsgesichtspunkte mit zu berücksichtigen sind, versteht sich von selbst.

In den Tagen nach den Vorfäl-

Fortsetzung auf Seite 8

LANDES JOURNAL

SICHERHEIT

Fortsetzung von Seite 7

len in Saarlouis und Neunkirchen hatte ich häufig die Gelegenheit, auch in Bezug auf die GdP-Pressemittteilung (siehe **Abdruck**) zu diesen Fragen in den Medien Stellung zu nehmen.

Überall habe ich dabei festgestellt, dass es seitens der GdP keine „platte“ Forderung nach etwa 2500 neuen Schutzwesten gibt, frei nach dem Motto „Solche Zeiten eignen sich besonders gut fürs Fordern“. Vielmehr lautet die Forderung in der Pressemitteilung, sich mit einer wohl anerkanntermaßen bedeutsamen Frage auseinander zu setzen: „Alle Verantwortlichen müssen sich jetzt überlegen, wie wir angesichts der wachsenden Gewaltbereitschaft auch im Saarland unsere Kolleginnen und Kollegen besser schützen können. So stellt sich etwa die Frage, ob die

baldige Ausstattung aller Polizistinnen und Polizisten mit Schutzwesten nicht spätestens jetzt angezeigt wäre.“

Abschließend will ich also auf die in deinem Brief aufgeworfenen Fragen hin eine Gegenfrage formulieren: „Wenn – hypothetisch – bei einer Mann- bzw. Frau-Ausstattung einerseits eine echte Konfektionierung von Schutzwesten erfolgt und andererseits eine Trageverpflichtung nicht angeordnet wird (beides ist grundlegendes Prinzip in den Ländern, die diesen Weg eingeschlagen haben), wie werden dann unsere Kolleginnen und Kollegen darüber denken?“

Ich freue mich auf die Fortsetzung dieser spannenden und für die Sicherheit der Beschäftigten so wichtigen Diskussion.

Kollegiale Grüße! Hugo Müller, Landesvorsitzender

FACHLITERATUR

Begleitung von Großraum- und Schwertransporten (GST)



Bernd Brutscher

Großraum- und Schwertransporte haben in den letzten 15 Jahren erheblich an Bedeutung und damit auch zahlenmäßig zugenommen. Durch diese Transporte – insbesondere ihre Größe – werden aus Verkehrssicherungsgründen vielfache Absicherungsmaßnahmen notwendig. Bis Ende der 80-er Jahre war die Absicherung der GST fast ausschließlich Aufgabe des polizeilichen Vollzugsdienstes. Nach und nach wurden gesetzliche Änderungen durchgeführt, die schließlich zu einer Modifizierung der VwV-StVO und zu den Richtlinien für Großraum- und Schwertransporte führten. Ziel war es, die Polizei von Begleitaufträgen zu entlasten.

Das Ziel, das der Gesetzgeber mit seinen Änderungen Anfang der 90-er Jahre verfolgte, konnte durch die Zunahme der GST jedoch nicht erreicht werden. So stieg allein im Saarland nach Aussage des Ministerium für Inneres und Sport die Anzahl der durch das MfIS zustimmungsbedürftigen GST von über 1300 im Jahr 1991 auf mehr als 3300 im Jahr 2000. Hinzu kommen noch die Transporte, die durch die Erlaubnisbehörden der Städte und Landräte bzw. außersaarländischer Stellen genehmigt werden.

Die Belastung der Polizei durch die Wahrnehmung der Begleitaufträge führt bundesweit mittlerweile dazu, dass – insbesondere polizeiintern – Überlegungen angestellt werden, wie eine Reduzierung erreicht werden kann. Diesbezüglich läuft derzeit in Niedersachsen ein Feld-

versuch, der dadurch gekennzeichnet ist, dass bestimmte, bisher von der Polizei durchgeführte Begleitaufträge, an Privatunternehmen abgegeben werden. Erfahrungen liegen momentan noch nicht vor.

Selbst wenn der Feldversuch in Niedersachsen positiv verläuft und irgendwann einmal in gesetzliche Bestimmungen einfließt, wird es nicht ausbleiben, dass die Polizei auch weiterhin die Aufgabe der Begleitung von GST wahrnehmen wird. Da diese Aufgabe nicht den Alltagsaufgaben zuzuordnen ist, hat das Polizeisozialwerk sich entschlossen, eine uneigennützig Unterstützung für die Handlungssicherheit der in dieser Aufgabe im Saarland eingesetzten Kolleginnen und Kollegen anzubieten. Dem Polizeisozialwerk der Saar-GdP (PSW GdP Saar) ist es gelungen, namhafte Autoren zu gewinnen, die auch auf Bundesebene in der Entwicklung und Überarbeitung der einschlägigen rechtlichen Bestimmungen mitwirken. Diese Autoren haben ein Handbuch „Großraum- und Schwertransporte“ erstellt, das sowohl dem Fahrpersonal, den Unternehmen, den Erlaubnisbehörden als auch der Polizei als Nachschlagewerk dient. Es vermittelt einen umfassenden Überblick über die sehr komplizierte Materie der Großraum- und Schwertransporte. Nach meinem Kenntnisstand gibt es derzeit in ähnlich kurzer, knapper und geraffter Form nichts Vergleichbares. Das Handbuch kann über das PSW der GdP Saar bezogen werden. Es ist kürzlich den Dienststellen übergeben worden.

Darüber hinaus haben sich Kollegen der Verkehrspolizeiinspektion bereit erklärt, einen – auf die Bedürfnisse der Polizei zugeschnittenen – „Leitfaden zur Kontrolle und Begleitung von GST“ zusammen zu stellen. Auch dieser Leitfaden konnte mittlerweile allen Dienststellen zur Verfügung gestellt werden.

Bernd Brutscher

Anzeige



Sozialwerk der Gewerkschaft der Polizei Saarland

Wieder 17 % bei Peugeot

- Ab sofort besteht mit der Peugeot Saartal GmbH wieder eine Kooperation für den Kauf von Neufahrzeugen.
- Für alle Modelle (außer 206er – Cabrio) erhalten GdP-Mitglieder beim Kauf 17 % Nachlass vom Listenpreis.
- Voraussetzungen:

Der Kauf ist ausschließlich bei den von Peugeot beauftragten Verkäufern

Stephan KONZ und Sachar SCHULTZE

im Standort Saarbrücken-Güdingen, Armand-Peugeot-Str. 1 möglich.

Zum Kauf ist ein Berechtigungsschein des Sozialwerkes der GdP-Saarland erforderlich. Dieser ist in unserem Reisebüro (Tel. 0681 – 84 12 40 oder Fax 0681 – 84 12 424) erhältlich.